

In eigener Sache:

Der AZADI infodienst erscheint regelmäßig. Der Versand erfolgt per E-Mail. Auf Anfrage wird er gegen Kopier- und Portokosten auch per Post verschickt. Gefangene erhalten den infodienst kostenlos. Herausgeber ist AZADI e.V. Der Verein ist als gemeinnützig und mildtätig anerkannt, Spendenbescheinigungen können ausgestellt werden.

AZADI e.V. unterstützt diejenigen Personen nicht-deutscher Herkunft, die in Deutschland im Zuge ihrer politischen Betätigung für das Selbstbestimmungsrecht des kurdischen Volkes mit Strafverfolgung bedroht werden.

Die praktische Arbeit von AZADI ist die finanzielle und politische Unterstützung kriminalisierter Kurdinnen und Kurden.

So können Sie uns unterstützen:

- wenn Sie von Kriminalisierung und Repression gegen Kurd(inn)en erfahren, informieren Sie uns bitte
- werden Sie Fördermitglied,
- spenden Sie.

Kontakt- und Bestelladresse:

AZADI e.V.
Graf-Adolf-Str. 70A
40210 Düsseldorf
Tel. 0211/8302908
Fax 0211/1711453
E-Mail azadi@t-online.de
Internet www.nadir.org/azadi/
V. i. S. d. P.: Monika Morres
Layout: Holger Deilke

Spendenkonto:
GLS Gemeinschaftsbank eG
mit Ökobank
BLZ 43060967
Kto-Nr. 8 035 782 600

Übernimmt Verfassungsschutz politische Deutungshoheit?

In der Juli-Ausgabe unseres infodienstes hatten wir ausführlicher über das Urteil des Bundesverwaltungsgerichts vom 21. Juli berichtet, nach dem die Geheimdienstbeobachtung von LINKSPARTEI-Mitgliedern durch den Verfassungsschutz rechtens sein soll. In zahlreichen Kommentaren zu dieser Entscheidung wurde kritisiert, dass der Verfassungsschutz willfährig als verlängerter Arm parteipolitischer Interessen fungiere und das Urteil ein weit reichender Eingriff in die politische Willensbildung von Parteien sei. Dass diese Vorwürfe nicht aus der Luft gegriffen sind, sollen nachfolgende Beispiele aus jüngster Zeit deutlicher machen.

Wissenschaftler im Dienst des Verfassungsschutzes

In ihrer kürzlich erschienenen geheimdienstkritischen Studie mit dem Titel „Gegnerbestimmung. Sozialwissenschaft im Dienst der inneren Sicherheit“ gehen Markus Mohr und Hartmut Rübner u. a. der Frage nach, wie es möglich sein kann, dass sich viele Wissenschaftler auf Verträge mit dem Verfassungsschutz einlassen können. Genannt werden beispielhaft Prof.Dr. Eckhard Jesse, der am Institut für Politikwissenschaft der Technischen Universität Chemnitz zu den Themen „politische Systeme/politische Institutionen“ arbeitet sowie Prof. Dr. Uwe Backes, der eine außerplanmäßige Professur am Institut für Politikwissenschaft an der Technischen Universität Dresden innehat und dort zuständig ist für systemanalytisch vergleichende Diktaturforschung. Die vom Verfassungsschutz finanzierte Mitarbeit solcher Personen aus der Wissenschaft dient dem gemeinsamen Ziel, einerseits die Aufrüstung der so genannten inneren Sicherheit voranzutreiben und für diese Strategie in der Gesellschaft eine Akzeptanz herzustellen und andererseits politische und verwaltungstechnische Vorgänge direkt zu beeinflussen.

Mit ihrer Hilfe wird die Totalitarismustheorie: *links und rechts sind gleich* verbreitet und werden innenpolitische Feindbilder geschaffen.

In der Tageszeitung *Neues Deutschland* vom 3. August wurde über eine Neuerscheinung mit dem Titel „Offener Demokratieschutz in einer offenen Gesellschaft. Öffentlichkeitsarbeit und Prävention als Instrumente des Verfassungsschutzes“ berichtet. Thomas Grumke und Armin Pfahl-Traugher haben das Buch herausgegeben und erschienen ist es im Barbara Budrich-Verlag.

Armin Pfahl-Traugher, Politologe und Soziologe, war laut Wikipedia nach seiner Promotion ab 1994 als wissenschaftlicher Mitarbeiter beim Bundesamt für Verfassungsschutz tätig, 2004 Professor an der Fachhochschule des Bundes für

Aus dem Inhalt:

- | | | | | | |
|---|----------------|---|-------------------|---|-----------------|
| 1 | VS und Politik | 4 | Zur Sache: Türkei | 7 | Internationales |
| 4 | Repression | 6 | Kurdistan | 8 | Neu erschienen |

öffentliche Verwaltung in Brühl/Rheinland und ist seit dem Wintersemester 2007/2008 Lehrbeauftragter an der Uni Bonn.

Thomas Grumke arbeitete einst beim „Zentrum demokratische Kultur“ und ist seit Jahren beim Landesamt für Verfassungsschutz Nordrhein-Westfalen tätig. Er hat alle drei Ausgaben der VS-Comic-Serie „Andi“ betreut, mit der als besonders extremismusgefährdet eingeschätzte Schülerinnen und Schüler erreicht werden sollen. Ende 2009 hatte die „Demokratie-Lotsen“ bezeichnete Comic-Reihe eine Auflage von 785 000 Exemplaren.

Verfassungsschutz will alle gesellschaftlichen Bereiche durchdringen

Deutlicher noch wird die Intention des VS durch einen Artikel in der *Frankfurter Rundschau* vom 9. August. Danach setzt die hessische Landesbehörde bei der Bekämpfung des sog. Terrorismus (z.B. des islamistischen) verstärkt auf Prävention. Zu diesem Zweck werden Fortbildungsveranstaltungen für Lehrer angeboten und eine engere Zusammenarbeit mit Hochschulen und Moscheen angestrebt.

Seit einem Jahr bietet der Verfassungsschutz bereits erfolgreiche Lehrerfortbildungen zum Rechtsextremismus an und auch für Richter, Staatsanwälte, Justizvollzugsbeamte, Bewährungshelfer und Polizisten gebe es besondere Schulungen. Das Programm solle auf den Islamismus-Bereich ausgeweitet werden. „Ein Ziel ist es, die Bediensteten so weit zu sensibilisieren, dass sie solche Tendenzen frühzeitig erkennen und uns informieren – was zum Beispiel Aktivitäten zur Rekrutierung angeht oder welche Literatur in der JVA gelesen wird,“ sagte Roland Desch, Präsident des hessischen Landesamtes für Verfassungsschutz. Ferner wende sich Behörde an Hochschulleitungen, weil man „Erkenntnisse“ habe, dass es ein „Personenpotenzial“ gebe, das „eventuell dem islamistischen Terror“ zugeneigt sein könnte. Es gehe darum, über extremistische Verhaltensweisen zu informieren.

Die Erfahrung, dass der Verfassungsschutz versucht, Einfluss auf Hochschulen zu nehmen, müssen kurdische Student_innen immer wieder machen. Häufig wird ihnen die Durchführung von Diskussionsveranstaltungen mit dem Hinweis untersagt, dass sie angeblich PKK-nah organisiert seien oder das Thema poli-

tisch nicht akzeptiert werden könne.

Ausgeweitet werden solle nach den Plänen des VS auch die Zusammenarbeit mit Kommunen: „Es geht jetzt darum, die Kontakte auch in der Fläche aufzubauen“, so Desch. Der Verfassungsschutz wolle sein Wissen für die Jugendarbeit, Ausländerämter und Ordnungsbehörden zur Verfügung stellen.

Um gegenseitiges Vertrauen aufzubauen, sei der Kontakt zu Moscheevereinen intensiviert und hierfür in den vergangenen Jahren mehrere Islamwissenschaftler eingestellt worden.

Schlussendlich werde ein Programm entwickelt, um den Ausstieg aus der islamistischen „Szene“ zu ermöglichen.

VS Brandenburg treibt Politik vor sich her

Über einen besonders dreisten Fall von gezielt geleisteter Pressearbeit durch den VS Brandenburg wurde im Dezember 2009 berichtet. Im *Tagesspiegel* und den *Potsdamer Nachrichten* erschien ein auf einem Beitrag des VS basierender Artikel mit der Überschrift „Aufrufe zur Gewalt – gefördert von Bund und EU“. Hierin wurde der seit 2005 in Potsdam aktive Verein „Förderverein innovativer Lebensformen“ (Inwole) durch den VS stark diffamiert. So warnte die Behörde vor dem der „autonomen, linksextremen Szene“ zugeordneten Verein, weil über dessen Internetseite direkt und indirekt zur Teilnahme an autonomen Gewaltaktionen gegen die seinerzeit in Kopenhagen tagende UN-Klimaschutzkonferenz aufgerufen werde.

Und das vor dem Hintergrund, dass „Inwole“ u.

- a. ein Mehrgenerationenhaus betreibe und sowohl vom Bundesfamilienministerium als auch der EU gefördert werde. Auf der Internetseite des Vereins sei ferner die

Rede von einer „radikalen Vielfalt von Aktionen und Taktiken“, was nach dem Verständnis des VS auch gewalttätige Aktionen mit einbeziehen würde. Außerdem habe sich der Verein mit „Never trust a cop“ verlinkt, einer dem „autonomen Linksextremismus hinzuzurechnenden Organisation“.

Reaktionen aus Polizei- und Politikerkreisen erfolgten prompt und wie erwartet. So äußerte CDU-

Innenpolitiker Sven Petke:

„Es ist untragbar, dass der Staat seine Gegner mit Fördergeld unterstützt.“ Er begrüßte das

Vorgehen des VS, weil im von SPD und Linkspartei regierten Brandenburg angeblich der Linksextremismus auf dem Vormarsch sei.

Der Verein wandte sich gegen die Diffamierungen durch den VS und CDU-Abgeordnete und wies die formulierten Vorwürfe entschieden zurück, weil sie jeder Grundlage entbehrten. Ziel dieser Angriffe sei offenbar – so „Inwolle“ -, „zivilgesellschaftliches Engagement, welches sich eben auch kritisch mit politischen und gesellschaftlichen Fragestellungen auseinandersetzt, substanziell in Frage zu stellen“. Es könne befürchtet werden, dass „dies in Zukunft bei vielen zivilgesellschaftlichen Projekten Anwendungen finden“ werde. Der Verein rief zur „solidarischen Unterstützung“ auf, „weil wir denken, dass hier eine politische Entwicklung deutlich wird, der wir gemeinsam entgegen steuern müssen.“ Das ist die eine Seite.

Und die andere Seite: Erstaunlich an diesem Vorfall ist, dass der VS die Dreistigkeit besaß, durch eine gezielte Pressearbeit die Politik vor sich herzutreiben und Fakten zu schaffen. Statt seiner vorgeetzten Behörde – dem Innenministerium – zuzuarbeiten und zur Prüfung vorzulegen, wurde diese über die Öffentlichkeit mit geheimdienstlichen „Erkenntnissen“ konfrontiert. Darüber hinaus wurden zwei weitere Fliegen mit derselben Klappe geschlagen: das Bundesfamilienministerium und die EU. Der Herr dieses Vorgehens jedenfalls war der VS. Sollte das Schule machen, wird das Gerede von der angeblichen Kontrolle des Geheimdienstes noch mehr zur Farce.

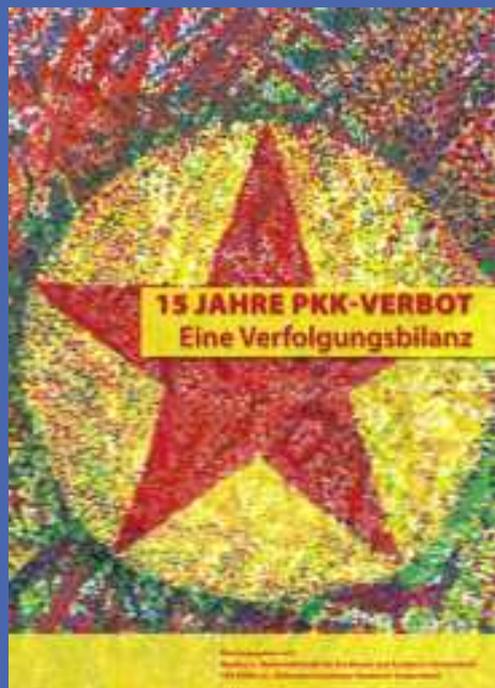
Ist ehemals kritische Wissenschaft passé?

Miss- statt Vertrauen entwickeln!

Die wenigen Beispiele jedenfalls offenbaren eine bedenkliche Entwicklung. Durchdringt der Verfassungsschutz politische, kulturelle und gesellschaftspolitische Bereiche und die Köpfe der darin tätigen Wissenschaftler_innen, Lehrer_innen, Schüler_innen und Student_innen, besteht die reale Gefahr, dass die einseitige Sichtweise und Definitionshoheit des Geheimdienstes allgemeine Akzeptanz findet. Die Behörde als Herrin des Geheimwissens und der Kontrolle über politische Bewegungen, in- und ausländische Organisationen, oppositionelle Gruppen oder Personen, wird so zu einem gefährlichen Apparat. Weil der Verfassungsschutz nicht einmal gegenüber Abgeordneten des Bundestages bereit ist, gezielte parlamentarische Fragen über bestimmte Erkenntnisse, Ereignisse oder Arbeitsmethoden mit Verweis auf die ihn schützenden Gesetze zu beantworten, wird er in Schulungen und Informationsveranstaltungen auch nur das offenlegen, was er für richtig hält bzw. zu seiner Wahrheit gemacht hat. Die Einschätzung, dass Geheimdienste prinzipiell nicht kontrollierbar sind (und zwar weltweit) – gehörte bislang in demokratisch-fortschrittlichen und linken Kreisen zu einer Selbstverständlichkeit. Eigentlich. Und einst gab es eine Wissenschaftstradition, die sich als kritisch verstand.

Schauen wir also genau hin und misstrauen wir den wissenschaftlich daherkommenden „Analysen“.

(Azadi)



15 Jahre PKK-Verbot – eine Verfolgungsbilanz

Azadi und die Föderation kurdischer Vereine in Deutschland, Yek-kom, haben aus Anlass des Jahrestages des sog. PKK-Verbots (26. November 1993) eine Broschüre herausgegeben. «Auf mehr als 60 Seiten werden Jahr für Jahr Razzien in Kulturvereinen oder Privatwohnungen, Verhaftungen und Verurteilungen wegen Mitgliedschaft in einer kriminellen oder terroristischen Vereinigung (§129/129a StGB), Vereins- und Versammlungsverbote, Polizeiübergreifende Kundgebungen, Aberkennungen des Asylstatus und Einbürgerungsverweigerungen wegen politischer Betätigung, aber auch friedliche Großdemonstrationen und –veranstaltungen für eine politische Lösung des türkisch-kurdischen Konflikts, aufgelistet. Deutlich wird so die ganze Tragweite des PKK-Verbots.» (aus: junge welt, 1.12.2008)

Die Broschüre kann kostenlos gegen Porto (1,45€) oder gerne auch eine Spende bei AZADÍ e.V. bezogen werden.

EU plant Radikalen Terroristen Eigentlich Alle-DatenBank

Die Europäische Union plant offenbar die Einrichtung einer riesigen „Radikalen“-Datenbank, deren offizieller Titel „Instrument für die Erfassung von Daten und Informationen über Prozesse der Radikalisierung und Gewaltbereitschaft“ lautet. Dieses „Instrument“ soll Teil der im Dezember 2005 beschlossenen EU-Strategie zur Terrorismusbekämpfung sein. Hierbei wird kein Unterschied gemacht zwischen „radikalen“ und „terroristischen“ Bestrebungen. So könnte, wer sich zukünftig etwa an einer Sitzblockade gegen Neonazis beteiligt, in den Datenbanken als „Radikaler“ geführt werden. Es werden auch keine qualitativen Unterschiede gemacht zwischen einzelnen Gruppen und deren Ideologien: „Extreme Rechte/Linke, Islamismus, Nationalismus, Globalisierungskritiker usw...“ – alle

werden verdächtig sein und gehören in dieselbe Kategorie. Zum „Instrument“ gehört außerdem ein 70 Punkte umfassender Fragenkatalog. Neben Alter, Geschlecht und Geburtsort interessieren sich die EU-Ausforscher auch für die „wirtschaftliche Lage“, für „psychologische Merkmale“ oder das „soziale Umfeld“ des Verdächtigen. Man wolle auf diese Weise frühzeitig erkennen, wann jemand in die Radikalität bzw. den Terrorismus abzugleiten droht.

Auf diese Superdatei sollen „Polizeikräfte, Sicherheitsdienste und Geheimdienste“ sowie „Institutionen, die an der Bekämpfung von Radikalisierung, Anwerbung und Terrorismus beteiligt sind“, zugreifen können. Der Entwurf sieht darüber hinaus vor, Listen von Personen auszustellen, die an der „Radikalisierung/Anwerbung oder Übermittlung von radikalierenden Botschaften beteiligt sind“.

(Azadi/ND, 19.8.2010)



Türkische Armee setzt Giftgas gegen kurdische Guerilla ein

Was schon seit langem befürchtet wurde, scheint sich zu bestätigen: die türkische Armee setzt im Kampf gegen die PKK Chemiewaffen ein. War bislang ein Nachweis nicht möglich, könnte sich das durch ein Gutachten des Hamburger Universitätsklinikums ändern.

Eine Menschenrechtsdelegation aus der Bundesrepublik hat im März dieses Jahres auf ihrer Reise durch das kurdische Gebiet der Türkei von Menschenrechtlern zahlreiche Fotos verbrannter, verstümmelter und verätzter Körperteile der Leichen von acht kurdischen Guerillakämpfern der PKK erhalten, die im September 2009 getötet wurden. Nach ihrer Rückkehr wurden diese Dokumente der Presse übergeben und die Tageszeitung (taz) legte die Fotos einem deutschen Bildfälschungsexperten vor, der die Authentizität der Fotos verifizieren sollte. Außerdem wurde Jan Sperhake, Forensiker am rechtsmedizinischen Institut des Hamburg-Eppenheimer Universitätsklinikums beauftragt, ein medizinisches Gutachten anzufertigen. Die Experten kamen zu dem Ergebnis, dass die acht Kurden mit hoher Wahrscheinlichkeit „durch den Einsatz chemischer Substanzen“ gestorben sind.

„Die neuerlichen Ereignisse sind so eklatant, dass die türkische Seite sie dringend aufklären muss“, forderte die Grünen-Vorsitzende Claudia Roth gegenüber SPIEGEL online vom 12. August. Es sei „nicht nachvollziehbar, warum eine Obduktion der Leichen von PKK-Kämpfern angeordnet“ worden

sei, „aber die Ergebnisse unter Verschluss gehalten“ würden. Der CDU-Bundestagsabgeordnete und Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses, Ruprecht Polenz, erklärte: „Die Türkei muss diese Vorwürfe dringend aufklären. Der beste Weg dazu ist sicherlich, dies unter internationaler Beteiligung zu tun.“ Auch die Vorsitzende des Bundestagsausschusses für Abrüstung und Rüstungskontrolle, Uta Zapf (SPD), will das Außenministerium auffordern, eine Untersuchung durch die Organisation für das Verbot chemischer Waffen zu veranlassen.

Gisela Penteker, Ärztin und Türkei-Beauftragte der Organisation Internationale Ärzte für die Verhütung des Atomkriegs, weist darauf hin, dass „die Menschen vor Ort“ seit Jahren immer wieder sagen, dass die Türkei Chemiewaffen einsetze. Weil die Leichen oft erst sehr viel später freigegeben würden, sei eine intensive Obduktion häufig nicht mehr möglich, was einen Nachweis schwierig mache. Inzwischen liegen neue schockierende Obduktionsaufnahmen von sechs weiteren getöteten Kurden, die ebenfalls dem Hamburger Gutachter vorgelegt worden sind.

Sowohl die türkische Armee als auch die AKP-Regierung von Tayyip Erdogan verweigern bislang jede Stellungnahme und wiesen die Behauptungen als „PKK-Propaganda“ zurück.

Der Parlamentsabgeordnete der prokurdischen BDP und frühere Vorsitzende des türkischen Menschenrechtsvereins IDH, Akin Birdal, beklagt, dass sich der Premierminister „nicht für Menschenrechtsverletzungen interessiere“ und parlamentarische Anfragen mehr oder weniger unbeantwortet lasse.

Für Erdogan zähle nur, dass die Armee das sog. PKK-Problem aus der Welt schafft, „mit welchen Methoden auch immer“.

Die Türkei gehört zu den Unterzeichnerstaaten der internationalen Chemiewaffenkonvention, die 1997 in Kraft getreten ist. Vieles deutet ernsthaft darauf hin, dass die türkische Armee gegen dieses Abkommen verstoßen hat. „In diesem Fall handelt es sich um gravierende Kriegsverbrechen,“ äußerte der deutsche Journalist Martin Dolzer gegenüber dem Spiegel vom 26. Juli 2010.

(Azadi/ Spiegel/Spiegel-online/Zeit-online v. 26.7., 12.,13.8.)

Der Soziologe und Publizist Ismail Besikci wieder einmal vor Gericht

Staatsanwaltschaft fordert Haftstrafe wegen angeblicher PKK-Propaganda



Am 28. Juli begann vor der 11. Strafkammer für besonders schwere Verbrechen in Istanbul ein Prozess gegen den international renommierten türkischen Soziologen und Publizisten, Ismail Besikci. Dem als Kurden-Kenner bekannten Wissenschaftler wird vorgeworfen, für die verbotene Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) Propaganda betrieben zu haben, weshalb die Staatsanwaltschaft eine Haftstrafe von insgesamt achteinhalb Jahren fordert. In der türkischsprachigen Zeitschrift „Unter Zeitalter“ hatte Besikci im Rahmen seiner Forschungen den Beitrag „Nationale Selbstbestimmung und die Kurden“ veröffentlicht. Dem Herausgeber der Zeitschrift, Zeycan Balci, drohen ebenfalls achteinhalb Jahre Haft.

Wie die Gesellschaft für bedrohte Völker berichtete, wurde Besikci wegen seiner Veröffentlichungen über die Verfolgung und Diskriminierung der Kurden in den vergangenen vier Jahren zu insgesamt 100 Jahren Haft und einer Geldstrafe von zehn Milliarden Lira (rd. 5,1 Milliarden Euro) verurteilt. Davon hat er in türkischen Gefängnissen 17 Jahre zubringen müssen. Ihm war u.a. die „Gründung einer geheimen Ein-Mann-Organisation“ vorgeworfen worden. Seinen Publikationen hat der Wissen-

schaftler neben der kurdischen Thematik auch der Verfolgung von Aleviten, Yeziden oder der armenischen syrisch- und griechisch-orthodoxen Christen gewidmet – 32 von den 36 Büchern war bzw. sind in der Türkei verboten.

Unter dem Motto „Die Ehre der Wissenschaft wird nicht allein gelassen!“ haben türkische, kurdische und andere Intellektuelle eine Kampagne gestartet, mit der Druck auf die Regierung in Ankara ausgeübt werden soll, das Verfahren gegen Ismail Besikci einzustellen.

Informationen: Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) - www.gfbv.de

E-Mail: nahost@gfbv.de

(Azadi/Pressemitteilung GfbV v. 27.7.2010)

Türkisches Außenamt verglich Hrant Dink mit dem deutschen Neonazi Michael Kühnen



In einem vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte laufenden Prozess im Zusammenhang mit dem von einem Nationalisten verübten Mord an Hrant Dink im Januar 2007 in Istanbul, hatte das türkische Außenministerium

in seiner Argumentation den türkisch-armenischen Journalisten mit dem deutschen Neonazi Michael Kühnen verglichen. Hrant Dink war kurz vor seiner Ermordung wegen „Beleidigung des Türkentums“ verurteilt worden. Das Straßburger Gericht befasst sich derzeit mit einer Beschwerde gegen dieses Urteil.

Außenminister Ahmet Davutoglu bestätigte die im Außenamt verfasste Erwiderung auf die Beschwerde und zeigte sich gegenüber der Zeitung Milliyet „schockiert“ über die entsprechende Passage.

(Azadi/ND, 19.8.2010)



ZUR SACHE: TÜRKEI

Ausweisung eines US-amerikanischen Journalisten wegen Berichterstattung über Kurdistan / Berliner Fotojournalist verlässt die Türkei nach Drohungen «freiwillig»

Der US-amerikanische Journalist Jake Hess, der seit 2008 in Diyarbakir (Amed) lebte, ist am 12. August von Antiterrorereinheiten der Polizei verhaftet und drei Tage später vor Gericht gestellt worden, wo der Bezirksstaatsanwalt die Ausweisung beantragte. Unterstützung durch die US-Botschaft hat Jake Hess strikt abgelehnt. Er war hauptsächlich für die Agentur IPS tätig und veröffentlichte Reportagen und Artikel über die kurdischen Landesteile der Türkei, über Folter oder kurdische Flüchtlinge. Außerdem machte er Übersetzungen für den türki-

schen Menschenrechtsverein IHD. Sein Name tauchte in der Anklageschrift gegen den IHD-Vorsitzenden von Diyarbakir, Muharrem Erbey, auf. Das machte ihn für die türkische Justiz verdächtig, die PKK zu unterstützen. Mit seiner Ausweisung in die USA ist innerhalb der nächsten Tage zu rechnen. Zuvor konnte er von einer Menschenrechtsdelegation der Linken aus Berlin und Nordrhein-Westfalen im Gefängnis von Diyarbakir (Amed) besucht werden – ein Besuch bei anderen politischen Gefangenen wurde hingegen nicht genehmigt.

Wie die *junge welt* berichtet, hat ein Fotojournalist aus Berlin, der über den türkisch-kurdischen Konflikt berichten wollte, nach Drohungen der Polizei die Türkei freiwillig verlassen.

(Azadi/jw, 21.8.2010)



Figur von Joachim Römer • Foto: Holger Deilke

PKK erklärt befristete Waffenruhe

Der Vorstand des KONGRA-GEL und der Exekutivrat der KCK haben einen vom 13. August bis zum 20. September, dem Ende des islamischen Fastenmonats Ramazan, terminierten Waffenstillstand ausgerufen: „Wir erklären offiziell vor der Öffentlichkeit, dass wir unsere Einheiten, die sich seit dem 1. Juni in der aktiven Verteidigung befinden, in die passive Verteidigung zurückziehen.“ Der türkische Staat müsse „endlich mit den Massakern, den historischen Fehlern, der Rechtlosigkeit und mit allem

Leid, das er in der ganzen Geschichte der Republik verursacht hat, aufhören.“ So wird die AKP-Regierung aufgefordert, die militärischen und politischen Operationen zu beenden und zu einer gegenseitigen Waffenruhe zu gelangen. Ferner müssen die 1700 inhaftierten politischen Gefangenen freigelassen, ein Dialog unter Einbeziehung von Abdullah Öcalan begonnen sowie bestehende 10-Prozent-Hürde bei Wahlen gesenkt werden.

(Azadi/Kurdish Info, 18.8.2010)

Obama-Regierung will Internet-Nutzung leichter überwachen

Medienberichten zufolge will die US-Regierung die Überwachung der Internet-Nutzung erheblich erleichtern. Danach soll die Bundespolizei FBI ohne Gerichtsbeschluss abfragen dürfen, wohin ein Nutzer e-mails geschickt hat, Empfangs- und Absendezeitpunkt sowie evtl. auch das Verzeichnis besuchter Internet-Seiten. Inhalte sollen (noch) geschützt sein. Die von der Obama-Regierung erbetene Gesetzesänderung sei ein „unnötiger und enttäuschender Schritt zurück“, kritisierte die New York Times. Wie die Washington Post zuvor berichtete, weigern sich bislang viele Anbieter von Internet-Diensten, dem FBI die Daten auszuhändigen. Stewart Baker, ehemaliger Mitarbeiter des Ministeriums für Heimatschutz, äußerte gegenüber der Zeitung: „Man kommt schneller und leichter an die Daten.“

(Azadi/FR, 1.8.2010)

Neue Dynamik in der Republikanischen Bewegung

John McCathy: Nach der Befreiung den Sozialismus aufbauen

John McCathy, Aktivist in der nordirischen Unabhängigkeitsbewegung „32 County Sovereignty Movement“ (www.32csm.info) schilderte in einem Gespräch mit der jungen welt die Situation der Republikaner in den Wohnvierteln Nordirlands. „Nach wie vor gibt es eine britische Besatzung des Landes – bei uns sind mehr Soldaten stationiert als im Irak. [...] Jetzt patrouilliert zwar nicht mehr die britische Armee in unseren Städten – aber ihr Ersatz, die „nordirische“ Polizei, wird genauso wenig akzeptiert, da sie ja im Auftrag der Besatzer für „Ruhe und Ordnung“ sorgen soll. In einigen Gegenden haben die Bewohnern schon angefangen, Polizisten aus ihren Vierteln zu werfen. Nach den Hintergründen für verstärkte Proteste gegen die Besatzungsmacht befragt, meint McCathy u.a., dass es tatsächlich „eine neue Dynamik in der Republikanischen Bewegung“ gebe: „Die Situation der lohnabhängigen Klasse in Nordirland ist miserabel. Es gibt keine nennenswerte irische Wirtschaft, statt dessen sind die britischen Verwaltungs- und Repressionsorgane iund US-amerikanische Rüstungsfirmen die Hauptarbeitgeber. [...] Die Menschen sind frustriert und haben auch den Glauben an die alten Führer und die Sinn Féin verloren. Immer mehr Menschen durchschauen das Karfreitags-Abkommen und den gesamten Friedensprozess als eine Taktik der Briten nach dem Motto Teile-und-herrsche.“ Was er über die bürgerliche Sichtweise denke,

es handele sich bei dem „Nordirlandkonflikt“ um einen sinnlosen Kampf zwischen Protestanten und Katholiken, sagt John McCathy: „Der Kampf gegen imperialistische Ausbeutung und Unterdrückung ist ganz bestimmt nicht religiöser Natur. Im Gegenteil – es muss das Ziel sein, die religiösen Konflikte zu beenden. Das wird aber erst gelingen, wenn die britische Besatzung zu Ende ist. Sie ist es nämlich, die diesen Konflikt verursacht und ihn immer als Mittel zur Spaltung unserer Klasse benutzt hat.“

Nach der Situation der politischen Gefangenen gefragt, erklärt der Aktivist, dass die „sehr schlecht“ sei. Sie seien „überwiegend voneinander isoliert“ und „23 Stunden pro Tag in ihren Einzelzellen eingesperrt. Wenn überhaupt, bekommen sie einmal am Tag etwas zu essen. [...] Es kommt immer wieder zu Verhaftungen nach den Anti-Terror-Gesetzen.“

Welche Perspektiven er für den Widerstand gegen die Besatzung sehe, schätzt McCathy, dass gerade „ein neues Kapitel der Widerstandsgeschichte in Irland“ beginne, von der die Jugendlichen „ein wichtiger Teil“ seien. Ziel sei „die nationale Souveränität“. Es gehe darum, „die Gesellschaft als Ganzes zu ändern und den Reichtum als den Reichtum der irischen Bevölkerung zu organisieren.“ Für ihn sei die einzige Perspektive, „nach der Befreiung vom britischen Imperialismus den Sozialismus aufzubauen.“

(Azadi/jw, 20.8.2010)

Tamilische Minderheit wird in Sri Lanka weiter verfolgt

Regierung schiebt politische Lösung vor sich her

Anfang August erreichten rund 500 Tamilen mit dem Schiff „Sun Sea“ die kanadische Stadt Vancouver. Sie erklärten gegenüber den Behörden, dass auch nach dem Ende des Krieges in Sri Lanka weiterhin Unschuldige interniert würden, Inlandsvertriebene nicht in ihre Heimat zurückkehren könnten und das spurlose Verschwinden(lassen) von Menschen und „unbekannte“ Morde an der Tagesordnung seien. Im Süden Indiens leben zur Zeit rund 70 000 tamilische Flüchtlinge in 112 Lagern.



Tamilen im Lager

Seit die srilankische Armee im Mai 2009 die Befreiungstiger von Tamil Eelam (LTTE) besiegt hat, verweigert sie jede Auseinandersetzung über von Soldaten begangene Kriegsverbrechen. Auch lehnt sie eine Zusammenarbeit mit einer im Juni dieses Jahres gebildeten UNO-Untersuchungskommission kategorisch ab. Stattdessen hat die Regierung eine eigene „Aussöhnungskommission“ eingerichtet. Verteidigungssekretär Gotabhaya Rajapakse, Bruder des Präsidenten, rechtfertigte das Vorgehen der Militärs. Ihm sei von Menschenrechtsverletzungen nichts bekannt. Auf fliehende Zivilisten hätten tamilische Rebellen, nicht die Soldaten geschossen. Außerdem

würden ausländische Kritiker die Zahl der getöteten Rebellen mit der von Zivilisten vermischen. Internationale Menschenrechtsorganisationen verweisen hingegen darauf, dass zahlreiche tamilische Bürger verschwunden seien und es zu auffällig vielen „außergerichtlichen Todesfällen“ komme. Bislang habe die Regierung keinerlei Maßnahmen für eine wirkliche Aussöhnung zwischen den ethnischen Gruppen ergriffen. Seit Jahrzehnten steht eine politische Lösung der Konflikte zwischen der tamilischen Minderheit und der singhalesischen Mehrheit aus.

(Azadi/jw, 21.8.2010)



NEU ERSCHIENEN

Heinrich Hannovers Plädoyers vor Gericht

Seit den 1950er Jahren hat Rechtsanwalt Heinrich Hannover in einer Vielzahl politischer Prozesse mitgewirkt. So verteidigte er u. a. das RAF-Mitglied Ulrike Meinhof, den Schriftsteller Peter Paul Zahl, Günter Wallraff und in jüngster Zeit den ehemaligen Vorsitzenden des Ministerrats der DDR, späteren Bundestagsabgeordneten, EU-Parlamentarier und Ehrenvorsitzenden der PDS, Hans Modrow. Internationale Beachtung fand der Prozess gegen einen SS-Funktionär, der 1944 an der Ermordung des damaligen Vorsitzenden der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD), Ernst Thälmann im KZ

Buchenwald beteiligt war; Hannover vertrat in diesem Verfahren die Nebenklage.

Am 2. September erscheint im PapyRossa Verlag Köln ein Sammelband und eine in Originaltönen dokumentierte Audio-CD mit Plädoyers von Heinrich Hannover aus dem Bereich des politischen Strafrechts. Die Buchpremiere wird am Abend des 2.9. , 19.00 Uhr, mit dem Autor in der Bremer Buchhandlung Franz Leuwer stattfinden.

Heinrich Hannover: Reden vor Gericht, Plädoyers in Text und Ton, PapyRossa Verlag Köln, 2010, 276 Seiten, 22,- €

(Azadi/jw, 19.8.2010)

NEU ERSCHIENEN